

**Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz**

**Bundesstadt Bonn
Rhein-Sieg-Kreis
Kreis Ahrweiler
Landkreis Neuwied**

„Bundesstadt Bonn – Kompetenzzentrum für Deutschland“

Leitbild

der Region Bonn / Rhein-Sieg / Ahrweiler / Neuwied

für die Verhandlungen mit dem Bund zum

„Bonn-Vertrag“

17. Juni 2019

Ziele des Bonn-Vertrags

Die Region Bonn begrüßt, dass sich CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag vom 12. März 2018 zum Berlin/Bonn-Gesetz bekannt haben. Im Vertrag heißt es: *„Wir stehen zum Berlin/Bonn-Gesetz. Bonn bleibt das zweite bundespolitische Zentrum. Der Bund wird mit der Region sowie den Bundesländern NRW und Rheinland-Pfalz eine vertragliche Zusatzvereinbarung (Bonn-Vertrag) schließen.“*

Dass der durch den Umzugsbeschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 ausgelöste Strukturwandel in Bonn und der Region heute auf einem guten Weg ist, resultiert vor allem aus den Gewährleistungen des Berlin/Bonn-Gesetzes vom 26. April 1994. Der Bund hat mit diesem Gesetz seine Verantwortung für die Stadt und die Region Bonn anerkannt, deren bis dahin monostrukturierte Entwicklung er seit 1949 maßgeblich mitgeprägt hatte.

Mit dem Berlin/Bonn-Gesetz hat Bonn den Status und die Funktion einer „Bundesstadt“ erhalten. Das Berlin/Bonn-Gesetz garantiert insoweit

- eine dauerhafte und faire Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn,
- die Wahrnehmung von Regierungstätigkeiten auch in der Bundesstadt Bonn,
- den Erhalt und die Förderung politischer Funktionen in der Bundesstadt Bonn u. a. in den Politikbereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung, Kultur, Umwelt und Gesundheit, Ernährung, Entwicklungspolitik, Informationstechnologie und Verteidigung,
- den Ausbau Bonns als Standort für nationale, internationale und supranationale Einrichtungen.

Auch wenn inzwischen der insgesamt größte Teil der Arbeitsplätze in den Bundesministerien entgegen den Festlegungen im Berlin/Bonn-Gesetz nach Berlin verlagert wurde, so hat die Bundesstadt Bonn in ihrer neuen Funktion als „Bundesstadt“ national wie international großes Renommee erlangt. Auf der Grundlage des Berlin/Bonn-Gesetzes hat die Bundesstadt Bonn im nationalen Interesse ein zukunftsorientiertes eigenständiges Profil und ausgeprägte Potenziale in den Kompetenzbereichen Politik, Verwaltung, Internationales und Wissenschaft entwickelt. In der Bundesstadt Bonn sind hochgradig ausdifferenzierte Strukturen und ein komplexes Kooperationsgeflecht aus Bundesministerien, Bundesbehörden, UN-Institutionen, dem World Conference Center Bonn (WCCB), Nicht-Regierungsorganisationen, renommierten Wissenschaftseinrichtungen, international operierenden Wirtschaftsunternehmen und Medien entstanden, die sich in der jeweiligen spezifischen Ausrichtung und Fokussierung auf Zukunftsthemen hervorragend ergänzen und gerade in ihrer hoch funktionalen wechselseitigen Verflechtung ein einzigartiges Netzwerk bilden.

Bonn und die Region stehen dabei bundesweit vor allem für das Thema Nachhaltige Entwicklung. Die in Bonn angesiedelten Sekretariate und Programme der Vereinten Nationen (UN bzw. VN) bilden zusammen mit zahlreichen nationalen und internationalen Organisationen, den in Bonn ansässigen Bundesministerien und Bundesbehörden, zahlreichen Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) und den Bonner Wissenschaftseinrichtungen mit ihren auf Nachhaltigkeitsthemen ausgerichteten Profilen ein in der Bundesrepublik Deutschland einmaliges Umfeld zum Thema „Nachhaltige Entwicklung und gerechte Globale Lösungen“.

Die Agglomeration wichtiger Akteure und Einrichtungen aus Bundespolitik, Administration, Wissenschaft und Wirtschaft in nationalen und internationalen Bezügen, das große Reservoir an hervorragend ausgebildeten Arbeitskräften und eine Vielzahl herausragender Infrastruktureinrichtungen sind Stärken, die die Region Bonn zu einem einzigartigen „Kompetenzzentrum für Deutschland“ und darüber hinaus machen.

Es liegt vor allem im gesamtstaatlichen nationalen Interesse, dieses Exzellenzcluster und die am Standort Bonn in einzigartiger Weise gebündelten Stärken zielgerichtet zu nutzen. Dafür ist es notwendig, die Bundesstadt Bonn in der vom Berlin/Bonn-Gesetz vorgegebenen besonderen Funktion als zweites bundespolitisches Zentrum, als VN-Standort, als Zentrum für internationale Zusammenarbeit und als Kompetenzzentrum für nachhaltige Entwicklung und für Wissenschaft, für Cyber-Sicherheit, Informationstechnologie und Datendienste, sowie für die Kultur zu stärken und gezielt weiter auszubauen. Für das Funktionieren der Gesamtstrategie ist es zudem wesentlich, die Verkehrsinfrastruktur der Region Bonn für die zukünftige Entwicklung vorzubereiten.

Die Region Bonn sieht in der im Koalitionsvertrag dokumentierten Bereitschaft des Bundes, eine vertragliche Zusatzvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz („Bonn-Vertrag“) zu schließen, einen wichtigen und dringend gebotenen Ansatz, das Profil der Bundesstadt Bonn als Kompetenzzentrum für Deutschland weiter zu schärfen und zu sichern.

Auf der Grundlage des Berlin/Bonn-Gesetzes unterbreitet die Region Bonn dazu die nachfolgenden Vorschläge:

I. Bonn – zweites politisches Zentrum des Bundes

Politisches Zentrum, ministerielle Arbeitsteilung

Die Region Bonn erwartet, dass sich der Bund verlässlich zum Berlin/Bonn-Gesetz und der darin verankerten dauerhaften und fairen Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn bekennt. Dies beinhaltet den **Verbleib von Teilen der Bundesregierung mit Bundesministerien und der entsprechenden ministeriellen Arbeitsplätze** in Bonn.

Standort von Bundesbehörden und -einrichtungen

Die Region Bonn wird als **Verwaltungsstandort des Bundes** erhalten und durch die Ansiedlung neuer Behörden und bundesgeförderter Einrichtungen nachhaltig gestärkt. Die im Koalitionsvertrag vorgesehenen neuen Einrichtungen „Digital-Agentur“ und „E-Government-Agentur“ sollten in Bonn angesiedelt werden. Die Strukturen und die Anzahl der Arbeitsplätze von Bundesbehörden und –einrichtungen in den Standorten in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz bleiben erhalten.

II. Bonn – deutscher Standort der Vereinten Nationen und internationaler Einrichtungen

Mit der Ansiedlung von Sekretariaten und Programmen der Vereinten Nationen (VN) in Bonn hat der Bund seit 1996 internationale Aufgaben übernommen, die große Bedeutung für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt haben. Mit der Errichtung des WCCB hat die Stadt Bonn die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die VN in Bonn große internationale Konferenzen durchführen können, wie zuletzt die Weltklimakonferenz (COP 23) im November 2017.

Die Region erwartet vom Bund, dass er **Bonn als deutsche VN-Stadt** und als **Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit, Nachhaltigkeit und Entwicklungszusammenarbeit** weiter stärkt und dazu insbesondere eine verbindliche **Gesamtstrategie** in Zusammenarbeit mit der Region entwickelt.

Dabei muss es vor allem darum gehen,

- weitere **internationale Einrichtungen**, besonders Organisationen der Vereinten Nationen, **in Bonn anzusiedeln** und die dafür erforderlichen infrastrukturellen Rahmenbedingungen nachhaltig zu verbessern,

- alle aus deutscher Sicht international profilbildenden **Kongresse und Konferenzen**, vor allem mit dem Themenfokus Nachhaltigkeit, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Politik vornehmlich in Bonn durchzuführen,
- das **World Conference Center Bonn (WCCB)** für Konferenzen der VN baulich zu erweitern,
- die **Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)** am Standort Bonn weiter zu stärken und
- das von der Universität Bonn geplante Europa-Zentrum **Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS)** als neues Exzellenzzentrum im Bereich der Außen-, Europa- und Sicherheitsforschung zu fördern.

III. Bonn – Internationaler Wissenschaftsstandort und Standort für Cyber-Security und Datensicherheit

Internationaler Wissenschaftsstandort

Der Wissenschaftsstandort Bonn mit seiner einmaligen universitären und außeruniversitären Wissenslandschaft sowie der Präsenz starker nationaler und internationaler Partner bildet eine hervorragende Grundlage dafür, Bonn und die Region als bundespolitischen Standort für internationale Politik und globale Nachhaltigkeitsstrategien weiter auszubauen. Mit einer Förderung insbesondere der nachfolgend aufgeführten Einrichtungen durch den Bund kann die weltweit einzigartige Wissensproduktion in der Region Bonn noch einmal deutlich gestärkt werden:

- Ausbau des **Innovations-Campus Bonn (ICB) – „Nachhaltigkeit und Globaler Wandel“** durch die Universität Bonn in Zusammenarbeit mit weiteren Partnern. Der ICB zielt darauf ab, die in Bonn vorhandenen wissenschaftlichen Spitzenkompetenzen zum Thema „Nachhaltigkeitsforschung“ zu bündeln und mit den Potenzialen des VN-Standes zu einem einzigartigen „globalen Wissenschaftszentrum“ zu vernetzen und auszubauen. Forschungsschwerpunkte werden dabei sein: Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, Mobilität und Migration sowie Bioökonomie.
- Die **Einrichtungen zur Förderung der Wissenschaft** – der DAAD, die DFG und die Studienstiftung des Deutschen Volkes – werden bei der Realisierung ihres Erweiterungsbedarfs in Bonn vom Bund gefördert. Dazu gehören auch die dauerhafte **Beauftragung des DLR**

als Projektträger für den Bund und die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung des **Deutschen Museums Bonn**, das derzeit seine Neuausrichtung zu einem „Zentrum der Digitalen Transformation“ plant.

- Aufbau eines vom Zoological Research Museum Alexander Koenig (ZFMK) initiierten „**Wissenschaftlichen Zentrums für Monitoring von Biodiversität**“, in dem u. a. Langzeittrends in der Entwicklung von Tier- und Pflanzenwelt in Mitteleuropa statistisch relevant dokumentiert oder die Entwicklung einzelner Arten in Abhängigkeit auch vom Klimawandel abgeschätzt werden.
- Ausbau des **bio innovationpark Rheinland** zum Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeit als ein einzigartiges, länderübergreifendes Netzwerk aus Hochschulen der Region, Forschungseinrichtungen und innovativen Unternehmen, die auf den Themenfeldern Bioökonomie und grüne Technologie eng zusammenarbeiten und damit hervorragende Bedingungen für Transfer und Innovationen schaffen.

Cyber-Security und Datensicherheit

Bonn und die Region haben sich zu einem bundesweit bedeutenden Standort der Informationstechnologie und der Cyber-Sicherheit entwickelt. In diesem Cluster „Cyber-Security“ arbeiten das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), das ITZ-Bund, das Kommando Cyber- und Informationsraum (CIR) der Bundeswehr, Telekom Security, die Universität Bonn, die Hochschule Bonn/Rhein-Sieg oder das Fraunhofer Institut FKIE intensiv mit den ansässigen großen Unternehmen und vielen anderen Akteuren zusammen. Aufgrund dieser einmaligen regionalen Spezialisierung aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung, werden auch aus nationaler Sicht die größten technologischen und sicherheitsrelevanten Effekte von Investitionen des Bundes gerade am Standort Bonn zu erzielen sein. Zur Stärkung und zum Ausbau dieses Kompetenzzentrums unterstützt der Bund deshalb im Wesentlichen folgende Projekte und Maßnahmen:

- Errichtung eines neuen integrierten interdisziplinären Lehr-, Forschungs- und **Innovationszentrum für Cyber Security & Gesellschaft** durch die Universität Bonn und das Fraunhofer Institut FKIE, mit dem die Zusammenarbeit mit dem Bonner Laboratorium für Experimentelle Wirtschaftsforschung (BonnEconLab), dem Bonn-Aachen International Center for Information Technologie (b-it), dem Kompetenzzentrum Maschinelles Lernen Rhein-Ruhr (ML2R), sowie dem Cyber Security Cluster Bonn und weiteren Partnern auf eine neue Grundlage gestellt wird.

- Zur weiteren Entwicklung des Kompetenzzentrums Cyber-Security errichten die in der Region Bonn ansässigen Bundeseinrichtungen **Stiftungsprofessuren** zur Gewinnung von Nachwuchs in den Bereichen Informatik, Mathematik, Ingenieurwissenschaften und Ethik.
- Unterstützung bei der **Einrichtung von Studiengängen** im Bereich „Cyber Security“ für die in der Region ansässigen Hochschulen
- Errichtung einer „**Secure Digital City Bonn**“ durch den Verein Cyber Security Cluster Bonn (unter diesem Dach sind alle maßgeblichen regionalen Einrichtungen mit Cyber Security Kompetenz vereint) als Pilotprojekt für eine stadtteilbezogene sichere Digital-Infrastruktur. Ziel des Projektes ist es dabei, Anwendungen wie beispielsweise schlüssellose Zugangssysteme, intelligentes Parken, das Thema digitale Identität sowie autonomes Fahren und digitales Bezahlen erlebbar zu machen, als Vorbild für andere Städte zu dienen und den sicheren Technologien damit den Weg in den Massenmarkt zu erleichtern.
- Die von der Hochschule Bonn/Rhein-Sieg mitbegründete Business-Campus Rhein-Sieg GmbH mit dem bisherigen Schwerpunkt Informationstechnologie wird infolge hoher Nachfrage von Start-Ups zu einem **Innovations- und Entrepreneurship-Zentrums Region Bonn** mit Kernkompetenzen in den Bereichen Informationstechnologie, Datendienste und Cyber-Security weiterentwickelt.
- In der Verbindung der Kompetenzfelder Informationstechnologie und Gesundheit, wird die Region Bonn vom Bund beim Aufbau, Ausbau und Betrieb des modellhaften **Telekonsiliarischen Bundeszentrums** unterstützt. Federführend werden am Universitätsklinikum Bonn innovative telemedizinische Kooperationskonzepte unter Anwendung höchster Standards an Datensicherheit und Datenschutz entwickelt und erprobt.

IV. Bonn – Kultur für internationale Gäste

Mit seiner Funktion als Bundesstadt ist Bonn in einer anspruchsvollen Gastgeberrolle für ein internationales Publikum. Den damit verbundenen hohen Erwartungen entspricht die Region mit einem vielfältigen und exzellenten kulturellen Angebot auf hohem Niveau, zu dem auch der Bund einen angemessenen Beitrag leisten muss.

Die Region erwartet vom Bund daher Zusagen

- zu einer dauerhaften institutionellen Förderung des **Internationalen Beethovenfestes Bonn**,
- zum Abschluss eines „**Bundesstadt-Finanzierungsvertrags**“ zur Sicherung eines angemessenen Kulturangebots für den deutschen VN-Standort und das zweite politische Zentrum der Bundesrepublik Deutschland sowie
- für eine Stärkung des **Arp Museums Bahnhof Rolandseck** in Form einer einmaligen Zustiftung zur Landesstiftung Arp Museum oder einer jährlichen institutionellen Förderung.

V. Mobilitätsfähigkeit der Region Bonn

Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ist für das Funktionieren der Region Bonn elementar. Im Sinne einer bestmöglichen Entwicklung sollen hierbei alle Gebiete rund um die Bundesstadt Bonn gleichberechtigt entwickelt und betrachtet werden. Stärken gilt es dabei zu stärken und gleichzeitig Schwächen auszugleichen. Bildlich ist dies als Grafik mit mehrlagigen konzentrischen Kreisen vorstellbar. Die Verkehrsinfrastruktur der erfassten Regionen wird, je näher sie an der Bundestadt Bonn liegen und je geeigneter sie von ihren Voraussetzungen sind, gezielt und insbesondere auch länderübergreifend konzertiert ausgebaut.

Zu den wesentlichen Maßnahmen gehören eine verbesserte Anbindung der Region an den ICE-Verkehr sowie der Ausbau der Schienen- und S-Bahn-anbindung zum Beispiel mit einem 3. und 4. Gleis von Köln über Bonn und Remagen respektive Neuwied (Ausbau S 13) nach Koblenz. Weiterhin gehören der Ausbau der Zubringerstrecken und hier insbesondere die Elektrifizierung der Voreifel- und der Ahrtalbahn und der gesamtheitlich betrachtete Ausbau der Umsteigemöglichkeiten zwischen verschiedenen Verkehrsträgern dazu. Abschließend werden der Ausbau und die Ertüchtigung von Radschnellwegen und Straßen ein wesentlicher Schritt sein, um die in diesem Leitbild festgehaltene Entwicklung der Gesamtregion zu unterstützen und zu ermöglichen.

Zusammenfassung

Im Koalitionsvertrag von 2018 haben sich die Regierungsparteien verpflichtet, mit der Region Bonn und den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz einen „Bonn-Vertrag“ zu schließen.

Die Region Bonn ist als Bundesstadt und deutscher Standort der Vereinten Nationen (VN) einzigartig in Deutschland. Dieser herausragenden Bedeutung des ehemaligen Regierungssitzes wird durch Präsenz von Bundesministerien und Bundesbehörden Rechnung getragen. Gleichzeitig bietet die Region als deutscher Standort der Vereinten Nationen ein herausragendes und in dieser Konzentration einzigartiges Netzwerk an Nicht-Regierungsorganisationen (NGO), wissenschaftlichen Einrichtungen, VN-Organisationen sowie den fachlich zuständigen Bundesministerien und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und zur Umsetzung der UN-Agenda 2030.

Ein Verbleib der Bundesministerien und ein Erhalt der Anzahl und Struktur der ministeriellen Arbeitsplätze, von denen in den letzten Jahren entgegen dem Berlin/Bonn-Gesetz viele nach Berlin verlagert wurden, ist für eine zukunftsorientierte Entwicklung dieses einzigartigen Kosmos daher unerlässlich. Der Bund wird aufgefordert, eine Gesamtstrategie zu implementieren, die dieses besondere Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit, Nachhaltigkeit und Entwicklungszusammenarbeit zum Erreichen der Ziele der UN-Agenda 2030 fördert. Dabei muss auch die Einbindung der bereits in Bonn ansässigen und hochkompetenten Behörden, Einrichtungen und privaten Unternehmen erfolgen, die sich den Herausforderungen einer vernetzten Welt und den Sicherheitsanforderungen aller Organisationen stellen. Der Bereich Cyber Security ist in Bonn bereits stark vertreten und sollte als Unterstützung für die Entwicklung von Konzepten für eine nachhaltige und sichere Zukunft weiterhin gefördert werden.

Ein wesentlicher Aspekt des Kompetenzzentrums und wesentliche Voraussetzung für ein attraktives Arbeitsumfeld sind die infrastrukturellen Rahmenbedingungen. Hierzu gehört eine Wissenschaftslandschaft, welche die Akteure in ihren jeweiligen Fachgebieten beraten und unterstützen kann. Ebenso ist die Unterstützung der Region beim Ausbau ihrer kulturellen Angebote und dem Erhalt ihrer kulturellen Vielfalt unerlässlich.

Als deutscher VN-Standort und Kompetenzzentrum für nachhaltige Entwicklung ist ein zukunftsfähiges, umweltfreundliches und gesundheitsförderndes Verkehrskonzept für die Gesamtregion zu entwickeln, um das attraktive Arbeitsumfeld einer großen Region zugänglich zu machen und die Stadt Bonn zu entlasten. Nur durch einen bequemen und gut getakteten

Schieneverkehr, ausgebauten Straßen in der Region und innovative Verkehrsangebote wird es der zukünftigen „Vorzeigeregion für Nachhaltigkeit“ gelingen, als Vorbild für andere Weltregionen zu dienen.

Die Stadt Bonn, der Rhein-Sieg-Kreis, der Kreis Ahrweiler und der Landkreis Neuwied sowie die Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz stehen zu ihren Verpflichtungen, die Region in ihrer Entwicklung zu unterstützen und die „Vorzeigeregion für Nachhaltigkeit“ zu fördern. Der Bund muss nun zu seinen Zusagen stehen und der Region die Möglichkeit eröffnen, den beschrittenen Weg erfolgreich weiter zu gehen.